



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Feiertag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei feiner Zustellung ins Haus für ein Vierteljahr 2 M., bei feiner Zustellung ohne Hausbesuch 1 M. 50 Pf., bei feiner Zustellung ohne Hausbesuch 1 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verantwortlich: Hans Nordens 2893 und 2898.

Inhalte folgen bis Nebenzeitung. Kompartimentspreise oder deren Raum 10 Pf. „Meine Angelegenheiten“ das letzte Heft 20 Pf., jedes weitere Heft 15 Pf. Erwerbungsbeitrag 30 %. Bei Familien- und Veranlassungsangelegenheiten ist der Zuschlag fest. Instrukte für den bezugsständigen Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsleiter: Hans Nordens 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 28. Januar 1919

Nummer 48

Die Reaktion an der Arbeit.

Die Preussischen Wahlen.

Noch läßt sich kein Urteil über den allgemeinen Ausgang der preussischen Wahlen abgeben. Immerhin verstärkt sich mit den weiteren Meldungen der erste Eindruck, daß unsere Partei, namentlich in ihren Hauptsitzen, verhältnismäßig besser abgeschnitten hat als die anderen Parteien. Namentlich in Berlin zeigt sich ein deutlicher Kurs nach links, der darin zum Ausdruck kam, daß unsere Partei nur mit etwa 60 000 Stimmen hinter den Rechtssozialisten zurücksteht und sechs Mandate errungen hat, während die Rechtssozialisten sieben Mandate erhalten. Noch ärger ist der Erfolg unserer Partei im Saalekreis, wo wir die weitauferstärkste Stimmzahl auf unsere Liste vereinigten. Ueber die sonstigen Ergebnisse im Reich läßt sich, wie gesagt, noch kein abschließendes Urteil abgeben. Es scheint aber festzu stehen, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien in der preussischen Nationalversammlung stärker sein werden als in der Reichsversammlung.

1. Wahlkreis Stadt Berlin. Bis 10 Uhr abends lag das Wahlergebnis noch nicht vollständig vor. Es fehlen noch 32 Stimmbezirke. Bislang wurden gezählt 957 915 gültige und 2151 ungültige Stimmen. Es wurden abgegeben: Für die Unabhängigen 267 750 Stimmen. Für die sozialdemokratische Mehrheitspartei 332 786 Stimmen. Für die demokratische Partei 144 353 Stimmen. Für die Deutsch-nationale Volkspartei 98 364 Stimmen. Für die Christliche Volkspartei 51 601 Stimmen. Für die Deutsche Volkspartei 51 062 Stimmen.

Nach der vorläufigen Berechnung der Wahlbureau wurden auf die Unabhängigen 6 Sitze auf die Mehrheitssozialisten 7, auf die Demokraten 3, und auf den Rechtsblock 3 Sitze entfallen, von denen die Unabhängigen 2, die Christliche Volkspartei je 2 und die Deutsche Volkspartei 1 Sitz erhalten würden. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Mehrheitssozialisten noch eine Verzichtung dergestalt machen, daß den Mehrheitssozialisten 8 Sitze und dem Rechtsblock nur 4 Sitze zufließen.

2. Kreis, 8. Abt. Hoffmann (H. S. P.) 2866, Kirch (S. P. D.) 12 050, Troelisch (Dem.) 3634, Kaufmann (Dnat.) 2700, Jähbender (Chr. Sp.) 802, Garnich (D. Sp.) 1023.

2. Kreis, 8. Abt. Hoffmann (H. S. P.) 3772, Kirch (S. P. D.) 8035, Troelisch (Dem.) 3241, Kaufmann (Dnat.) 1652, Jähbender (Chr. Sp.) 710, Garnich (D. Sp.) 1085.

6. Kreis, Gesamtresultat H. S. P. D.: 144 917, S. P. D. 142 932, Deutsch-nationale Volkspartei 41 982, Deutsche Volkspartei 10 155, Demokraten 49 926, Christliche Volkspartei 20 195, Ungültig 1030. An der geringen Wahlbeteiligung sind beteiligt die H. S. P. D. mit 19 878, während die Mehrheitssozialisten 27 906 Stimmen einbrachten.

Reinickendorf, Wiese (H. S. P. D.) 3785, Goenisch (S. P. D.) 1919, Friedberg (Demokrat) 772, Perzig (Christliche Volkspartei) 177, Hoffmann (Deutsche Volkspartei) 406, Lüdicke (Deutsch-National) 151.

Oberschöneweide, Wiese (H. S. P. D.) 4755, Goenisch (S. P. D.) 4510, Lüdicke (Deutsch-National) 565, Perzig (Christliche Volkspartei) 572, Friedberg (Demokrat) 1457, Hoffmann (Deutsche Volkspartei) 101, ungültig 54.

Tempelhof, Klausner (H. S. P. D.) 2515, Kue (S. P. D.) 6781, Cffo (Demokrat) 4816, Hammer (Deutsch-National) 2000, Leibig (Deutsche Volkspartei) 2500, Dörle (Christliche Volkspartei) 985.

Stettin-Stadt, Unabhängige 5682, Mehrheitssozialisten 49 625, Deutsche Demokratische Partei 25 762, Deutsche Volkspartei 17 104, Deutsch-nationale Volkspartei 9092.

Magdeburg-Stadt, Unabhängige 10 620, Mehrheitssozialisten 91 400, Deutsche Demokraten 42 500, Deutsche Volkspartei 5020, Deutsch-nationale Volkspartei 2650, Christliche Volkspartei 3230.

Görlitz-Stadt, Mehrheitssozialisten 22 210, Deutsche demokratische Partei 13 215, Deutsch-nationale Volkspartei 4734, Christliche Volkspartei 2046, zerstückelt 67.

6. Wahlkreis Frankfurt a. O. Bis heute mittag wurden gezählt für die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei 1251 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 127 271, die Deutsch-nationale Volkspartei 61 420, die Deutsche demokratische Partei 49 821, die Deutsche Volkspartei 3929, die Christliche Volkspartei 3502 Stimmen. Die Wahlvorschläge sämtlicher bürgerlicher Parteien sind verbunden, Sozialdemokraten und Unabhängige sind keine Listenverbindung eingegangen. Es fehlen noch die Resultate aus ungefähr 800 Stimmbezirken.

Königsberg-Stadt, Unabhängige 18 904, Mehrheitssozialisten 45 114, Deutsche Demokratische Partei 25 511, Deutsche Volkspartei 23 422, Deutsch-nationale Volkspartei 7054, Christliche Volkspartei 4007. Sehn Bezirke liegen noch aus.

1. Wahlkreis Ostpreußen. In diesem Wahlkreise wurden — ausschließlich Stadt Königsberg — bisher gezählt für die Unabhängigen 2174, die Sozialdemokraten 799 993, die Demokraten 28 498, die Christliche Volkspartei 17 210, die Deutsche Volkspartei 8255 und die Deutsch-nationale Volkspartei 28 518 Stimmen.

6. Wahlkreis, Schneidemühl, Vorläufiges Wahlergebnis. Es erhielten die Mehrheitssozialisten 5831, die Deutsch-nationale 4252, die Christliche Volkspartei 2126, die Deutsche demokratische Partei 1917 und die Deutsche Volkspartei 162 Stimmen.

8. Wahlkreis, Bromberg-Stadt, (Amtlich.) Es erhielten bisher die Christliche Volkspartei 1953, die Deutsch-nationale Volkspartei 4356, die Deutsche Volkspartei 8431, die Deutsche demokratische Partei 2174 und die Sozialdemokraten 6449 Stimmen.

14. Wahlkreis, Schleswig-Vollstein. Es erhielten bisher die Unabhängigen 6709, die Sozialdemokraten 56 517, die Deutsche demokratische Partei 23 198, die Deutsche Volkspartei 12 524, die Schleswig-Vollsteiner Demokraten 183, die Deutsch-nationale 7796 und die Christliche Volkspartei 2543 Stimmen.

15. Wahlkreis, Kurisch, Eger, Osnabrück. Es erhielten bisher die Deutsch-nationale Volkspartei 30 929, die Deutsche demokratische Partei 30 972, die Christliche Volkspartei 3307, die Welfen 372 und die Sozialdemokratische Partei 37 911 2 Stimmen.

16. Wahlkreis, Hannover, Elbestadt, Lüneburg. Es erhielten bisher die Unabhängigen Sozialdemokraten 3660, die Sozialdemokratische Partei 107 151, die Deutsche Volkspartei 28 957, die Deutsch-nationale Volkspartei 14 948, die Deutsch-Hannoversche Partei und Christliche Volkspartei 95 433 und die Deutsche demokratische Partei 27 720 Stimmen.

Kommunalwahltag in Leipzig.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig am letzten Sonntag hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einen glänzenden Sieg davon getragen. Sie erhielt 53 Sitze, während es die Rechtssozialisten nur auf 6 Sitze brachten. Die bürgerlichen Parteien errangen insgesamt 33 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 60 Prozent.

Monarchistische Stimmungsmache.

W. L. V. meldet die weitererschütternde Tatsache: Die Geburtstagsadresse für Kaiser Wilhelm II., die der „Reichsbote“ in Berlin ausgesetzt hat, in wenigen Tagen 132 000 Unterschriften von deutschen Männern und Frauen aus allen Berufsständen und allen deutschen Gauen gefunden. Die Frist zur Einreichung weiterer Unterschriften ist bis zum 31. Januar verlängert worden. Der Wortlaut der Guldigungsendung wurde heute dem Kaiser telegraphisch übermittelt.

Es ist ein Unfug, daß Volks-Bureau für eine derartige Stimmungsmache mißbraucht wird. Wer steckt eigentlich dahinter?

Styloed besteht auf feinen Schein.

Der Bürgererrat von Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Versammlung folgende Resolution einstimmig gefaßt, welche an den Volksbeauftragten übergeben wurde:

Der am 27. Januar versammelte Bürgererrat von Groß-Berlin gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Verordnung über die Wiederherstellung der Kommandogewalt in der Kammer vom 19. Januar 1919 von der Reichsregierung ohne Rücksicht auf widerstrebende Elemente durchgeführt wird. Die Wiederaufrichtung einer disziplinierten Armee ist im Interesse der Erhaltung der Einheit des Reichs, der notwendigen Grenzen für das Reich und im Interesse der Erhaltung von Ruhe und Ordnung zwingendstes Gebot.

Der Bürgererrat von Groß-Berlin.
Konrad Katz, Vorsitzender.

Der hier unterzeichnete Bürgererrat hat bekanntlich Sammlungen veranstaltet, um die konterrevolutionäre Werbetätigkeit der Regierung Ebert-Moske zu unterstützen. Jetzt besteht er auf Durchführung des Erlasses über Wiederherstellung der Kommandogewalt ohne Rücksicht auf widerstrebende Elemente. Das ist deutsch genug.

Die Arbeiterräte.

Unter den revolutionären Errungenschaften steht den Arbeitern keine mehr am Herzen als die der Arbeiterräte. Daß diese Institution erhalten werden muß, darüber herrscht bei ihnen allen kein Zweifel. Es handelt sich nur um den Weiterausbau und die gezielte Ausgestaltung dieser Institution.

In den Arbeiterräten haben wir es mit einer spät entstandenen Einrichtung zu tun. Sie haben sich schon vor dem Kriege in England gebildet, wo die Arbeiter immer unzufriedener mit der Politik der Gewerkschaftsführer geworden war. Die shop stewards wurden dort die Träger der großen Streikbewegungen, die vor dem Kriege das englische Wirtschaftsleben erschütterten. Ebenso bildeten sich in Oesterreich während des Kriege die Arbeiterratsorganisation heraus und deren große Bedeutung während der beiden russischen Revolutionen ist ja bekannt.

Die Arbeiterräte hatten zunächst eine wichtige organisatorische Funktion. Im Gegensatz zur Berufsorganisation der Gewerkschaft erfassen sie den Betrieb. Und sie erfassen in ihm, aus den Wahlen der Betriebsangehörigen hervorgehend, alle Angehörige des Betriebes in viel höherem Maße als die Gewerkschaften. Sie stellen so die eigentliche Betriebsorganisation vor im Gegensatz zur Berufsorganisation der Gewerkschaft.

Sie sind aber auch in viel unmittelbarerem Zusammenhang mit der Arbeitermasse selbst, ohne Bürokratie, aktiver und beweglicher als die Gewerkschaften, agitativer als diese in erregten und revolutionären Zeiten als Grundlage von Massenbewegungen zu dienen.

Diese Massenbewegungen sind aber zugleich ökonomischer und politischer Natur. Die Schwänke, die in normalen Zeiten ziemlich künstlich und willkürlich in vielen Ländern, zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, zwischen Partei und Gewerkschaft aufgerichtet war, fällt in revolutionären Zeiten und die Tendenz entfällt, den Arbeiterräten die Funktionen der bisherigen wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu übertragen, sie zu den Trägern der gesamten Arbeiterbewegung zu machen.

Wo keine starken Organisationen vorhanden waren, wie in Rußland, dort konnte diese Tendenz sich bis zu einem gewissen Grade, wenigstens dem äußeren Anschein nach, durchsetzen. In Deutschland dagegen kann das Auftreten der neuen zu Konflikten mit den alten Organisationsformen führen. Am allgemeinen ist der gegenwärtige Zustand der, daß die politischen Organisationen, die Parteien, ihre führende Rolle bei der Bestimmung der Politik der Arbeiterbewegung noch inne haben, während auf wirtschaftliche Gebiet die Arbeiterräte unstrittig an Einfluß auf Kosten der Gewerkschaften gewinnen.

Die Arbeiterräte haben aber vor allem auch ein neues Betätigungsfeld gefunden. Die Nachverächigung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die die Revolution mit sich gebracht hat, hat es ermöglicht die Grundlage zur Demokratie in den Betrieben zu legen. Die Arbeiter forderten das Mitbestimmungsrecht in allen Arbeiterfragen und traten es während der Revolutionstage in weitestgehendem Maße durch.

Am nächsten lag die Mitwirkung bei der Festlegung der Löhne. Man wollte sich dabei nicht beanügen mit den Anträgen, die die Unternehmer über die Rentabilität ihrer Betriebe, über die Möglichkeit von Lohnerhöhungen zu machen belieben. So eras sich vor selbst die Forderung: Teilnahme der Arbeiterräte an der Leitung der Fabrik. Die Arbeiterräte sollten der Direktion gleichberechtigt zur Seite treten. Durch die Arbeiterräte sollten die Angehörigen des Betriebes von dem Stand des Unternehmens, seiner Entwicklung und seiner Rentabilität unterrichtet werden.

Das Recht der Arbeiter durch Bucheinsicht in den Stand des Unternehmens Einsicht zu haben, gehört zum Weizen der Demokratie in den Betrieben. Aufgabe der Gesetzgebung muß es sein, das Recht der Arbeiterräte auf Kontrolle wirksam zu machen. Dies kann gelingen, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, unabhängige Kontrollorgane zu schaffen, die die Bucheinsicht vornehmen können und zu-

Wird die Garantie geben, daß mit den gewonnenen Kenntnissen kein Mißbrauch getrieben wird.

Zweiter ist die Frage der unmittelbaren Teilnahme an der Betriebsleitung selbst. Wir alle wissen, daß das bekannt ist, über Betrieb seinen Arbeitern, sonst unzulässig wäre. Es führte nicht zu einer sozialistischen Leugnung der Wirtschaft, sondern zu einem System von Produktionsverhältnissen, das unwirtschaftlicher als das kapitalistische wäre. Es bedeutete für die Arbeiter selbst die größte Ungleichmäßigkeit und Unberechtigung. Die Arbeiter eines auf rentierenden Betriebes wären im Vorteil gegenüber den anderen. Die Arbeiter a. 2. könnten auf Kosten der Gesamtheit durch übermäßige Löhne und Preise zu bereichern. Alle Vorteile einer geregelten Wirtschaft, die der Sozialismus erstrebt, können in Gefahr sein. Das sozialistische Ziel acht deshalb dahin, die Betriebe nicht unter die Kontrolle der darin Beschäftigten, sondern unter die Kontrolle zu stellen, wobei den Arbeitern des Unternehmens selbst natürlich weitestgehende Mitbestimmungsrechte eingeräumt sein werden. Die Arbeiterräte würden dann die Aufsicht haben, die Vertreter der Arbeiter zu wählen, die in die Verwaltung des sozialistischen Industriezweiges zu entsenden wären.

Solange jedoch in der Uebergangszeit der Betrieb noch kapitalistisch ist, ist die unmittelbare technische und kommerzielle Leitung des Unternehmens durch die Arbeiterräte in vollem Umfang kaum möglich. In keinem interessanten Artikel „Auf dem Wege zur konstitutionell-demokratischen Republik“ im zweiten Heft des „Sozialisten“ sagt Genosse Schäfer:

Der sozialistische Großbetrieb ist ein außerordentlich fein organisierter Wirtschaftskörper. Er arbeitet in normalen Zeiten für den Markt der ganzen Welt und hat sich dem Begehren und den Bedürfnissen dieses Weltmarktes anzupassen. Nicht nur die Wege gehen und die Bedürfnisse des Weltmarktes sind es, welche seinen Gang bestimmen; dieser wird beeinflusst von den Zwängen, die der Konkurrenz, die Verwaltung eines Großbetriebes setzt sich infolge dessen und noch aus anderen Ursachen zusammen aus einer „endlosen Reihe von Verträgen“ und Entschlüssen der leitenden Personen. Das gleichzeitige Zusammenwirken vieler tausender Betriebe innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses, das gleichzeitige Verarbeiten des sozialen Marktes und des Weltmarktes durch viele tausende Beschäftigte der Betriebe aus den verschiedensten Ländern mit Industrie bedingt Durchführung von Verträgen, welche erst nach langen Ueberlegungen und Beratungen mit Vordemännern gefaßt sind, und gleichzeitig Entschlüssen, welche der Augenblick erfordert, mit sofort folgender Tat. Die Uebernahme eines Auftrages, welche einen Bedarf oder umfangreiche Anforderungen der Produktion bedingen, sowie die Uebernahme eines Auftrages überhaupt und die Bestimmung des dabei im Einzelnen zu erzielenden Erfolges, die Auswahl des Rohmaterials und etwa zu tätige Beschäftigte, wie die Länge sowie die Art der Arbeit, nicht von dem handelnden Teil einer Veranschlagung des Betriebes getrennt werden. Dazu bedarf es der durch keine Uebung erworbenen Fertigkeit des Kaufmanns, wie andererseits die technische Anfertigung des Betriebes Sache der technischen Betriebsleitung ist. Die Forderung nach unmittelbarer gleichberechtigter Mitwirkung an der Seite der Direktoren bei solchen Manövern, wie sie in einzelnen Fällen gestellt worden ist, widerspricht durchaus den Interessen sowohl des Betriebes als der Arbeiter. Die speziellen Kenntnisse, welche die Ausführung dieser Funktionen erfordert, gehen dem Arbeiterer durchaus ab und können im allgemeinen nicht neben der richtigen regelmäßiger Handarbeit so nebenbei durch Studium erworben werden.

Sieht man aber auch von der unmittelbaren Mitwirkung der Betriebe ab, so bleiben für die Arbeiterräte noch eine Reihe der wichtigsten Aufgaben als überwachende Organe aller Arbeiterentscheidungen, als Kontrollinstanzen für die Betriebsführung und als unterstützende Organe bei der Durchführung der Sozialisierung. Zur Durchführung dieser Aufgaben müssen die Arbeiterräte von der Befehlsgewalt der nötigen Befugnisse eingeräumt erhalten. Ebenso muß auch gesetzlich festgesetzt werden, daß die Arbeiterräte untereinander in Verbindung treten, für bestimmte Bezirke und schließlich das Reich zentrale Vertretungen bilden können, in denen die ihnen gemeinsamen Angelegenheiten zur Verhandlung kommen.

Diese gesetzlichen Grundlagen, die in ihren allgemeinen Bestimmungen in die Verfassung aufzunehmen sind, bilden nur das Existenzminimum der neuen Institution. Im wirklichen Leben werden sie, die der Idee nach die gesamte Arbeiterkraft umfassen, in der Zeit der sozialen Revolution natürlich eine überragende Rolle spielen. Ohne ihre Mitwirkung werden die bisherigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht ihre große Kraft entfalten können. Beide werden immer mehr sich auf sie stützen, sich mit ihnen in Verbindung setzen müssen. Die Entwicklung selbst wird diese Probleme der Vereinigung der neuen mit den alten Organisationsformen lösen. Diese Lösung wird sich um so leichter und reibungsloser vollziehen, je mehr Männer an die Spitze der Organisationen treten, die die neuen Verhältnisse überblicken, ihre Notwendigkeiten erkennen und danach handeln. An den Arbeitern selbst ist es daher zu fordern, daß solche Männer in die Leitung der Organisationen gelangen.

So muß das Arbeiterräteystem in seinen wichtigsten sozialpolitischen, kontrollierenden und sozialisierenden Funktionen erhalten und ausgebaut werden.

Ein ganz anderes Problem ist aber mit der Lösung verknüpft: „Wie macht den Arbeiterräten?“ Darüber wird noch besonders gesprochen werden müssen.

Ein Skandal.

M. L. D. verbreitet folgende offizielle Rundschreibung: Belgische und holländische Zeitungen bringen Artikel über deutsche Akten, die zum Transport in Eisenbahnwagen verladen, infolge der Wirren in Belgien zurückgeblieben sind. Insbesondere Aufsehen gemacht wird von den Akten einer Kommission, aus denen sich ergeben soll, daß Deutschland die Abhilfe gesucht habe, Belgien in ein Vorkriegsverhältnis zu bringen. Im Wirklichen handelte es sich um die Arbeiten einer von dem Generalgouverneur in Belgien, also dem Haupt der Okkupationsverwaltung, zu Studienzwecken eingesetzten Kommission. Sie hatte die Aufgabe, die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zu Belgien nach allen Umständen hin zu untersuchen. Die Kommission erwiderte ihre Aufgabe im wesentlichen in dem Stadium der militärischen Fragen und war beauftragt, eine Regelung zu finden, die es ermöglichen sollte, die bisherigen engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien im beiderseitigen

Interesse zu vertiefen. Ein wichtiges Mittel hierzu glaubte sie u. a. in einer Fokulation zwischen den beiden, durch ihre natürliche Lage aufeinander angrenzenden Ländern, zu finden, wie bekanntlich auch Frankreich im vergangenen Jahrhundert mitten im Frieden wiederholt ähnliche Pläne mit Beziehung auf Belgien gefaßt hat. Die Kommission hatte einen entsprechenden Vorschlag ausgearbeitet. Dieser war der Reichsleitung als Material vorgelegt worden. Die Reichsleitung hat dazu indes keine Stellung genommen.

Man traue seinen Augen kaum, wenn man diese halbamtliche Rundschreibung liest. Bedeutet sie doch im Grunde nichts anderes, als die Vorstellung zu erwecken, daß die deutsche Regierung und die belgische Okkupationsverwaltung nie auch nur die geringsten Intentionen- und Angelegenheitsabsichten in Belgien verfolgt hätten. Wie harmlos werden die Vorarbeiten für politische und wirtschaftliche Annäherung Belgiens an Deutschland dargestellt. Und doch ist es für Niemanden ein Geheimnis, daß Pläne einer solchen Annäherung vorhanden haben, die von den Okkupationsbehörden und den führenden politischen Parteien des Reichstages vertreten wurden. Durch die letzten Abgrenzungs- und Zerschlagungsversuche mocht sich die auch sozialistische Regierung Ebert-Scheidemann vor den Augen der ganzen Welt ebenso verächtlich wie ihre Vorgänger unter Wilhelm II.

Die Stützen der Regierung.

Die „Wilmersdorfer Zeitung“ greift unter der Überschrift: „Auf dem Wege zum Reich“ die Regierung an, weil sie nicht „energisch“ genug ist, weil sie Arbeitslose und Demonstranten nicht tagtäglich mit Maschinengewehren zur „Majon“ bringt. Und sie schlägt:

„Man hole die Giftkisten herunter, aber man halte sie fest!“

Nicht als ob wir die Bedeutung der „Wilmersdorfer Ztg.“ überschätzen! Er amüsiert uns, daß ausgerechnet aus der Gegend, aus der sich in der Sozialismusmode die Regierung ihre Graben Offiziere zusammensammelten, aus der Gegend, in die die Regierung Tugende von Verbannten schickte, in der die tüchtigsten „Freiwilligenkorps“ ihren Sitz haben und die Mörder Liebnechts und Luxemburgs sich betätigen solche Töne kommen. So sind die Kreise, auf die sich die „sozialistische“ Regierung stützt in Wahrheit gesonnen.

Genninger nicht zurückberufen.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Durch einen Teil der Berliner Presse geht die Nachricht, im Berliner Polizeipräsidium sei die Abteilung 7 (Politische Polizei) wieder eingerichtet und Polizeidirektor Genninger sei wieder an die Spitze gestellt worden. Diese Nachricht ist in jeder Beziehung unzutreffend. Weder ist die politische Polizei beim Polizeipräsidium eingerichtet worden, noch aber ihre Wiedererrichtung beabsichtigt. Der frühere Polizeidirektor Genninger hat seit dem 9. November mit dem Polizeipräsidium nichts mehr zu tun, sondern ist zur Beschäftigung der völlig unpolitischen Ministerial-Bau-Kommission überwiesen worden. An eine Wenderung seiner Beschäftigung wird nicht gedacht.

Es ist erreglich, daß Herr Genninger die Dessenlichkeit mit seiner Werten Persönlichkeit nicht mehr beibehalten wird. Er mag in der Verurteilung bleiben, in der er endlich verjähren ist.

„Drei Fälschungen.“

In der Sonnabend-Morgenausgabe wendet sich der „Vorwärts“ gegen einen „angeblich gemeinsamen Aufruf“, den die Reichheitssozialisten und die Unabhängigen von Wilmersdorf in der „Freiheit“ und der „Republik“ veröffentlicht haben. Es ist so begreiflich, daß das Sprachrohr der gegenwärtigen „sozialistischen“ Regierung unangenehm berührt ist, wenn die aufstrebenden Sozialisten in den verschiedenen Parteilagern sich am Grabe der für die Sache des Sozialismus gefallenen Opfer die Bruderhand reichen. Wer die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß die führenden Männer der Reichheitspartei von Berlin-Wilmersdorf, wie Lüdemann, Becker, Appel, am Donnerstagabend einer solchen gemeinsamen Aktion und der Abfassung eines dahingehenden Aufrufes zugestimmt haben, nachdem der hiesige A. und S. Rat einstimmig eine Erklärung für Karl Liebnecht beschlossen hatte.

Wichtig ist, daß das Interesse an der Veranlassung sich plötzlich am nächsten Tage, offenbar infolge „höherer“ Einflüsse, bei den Reichsheerern verringert hat. Ja, daß sie sogar bei allem Mangel an Mut ihre Unterschrift auf einem gemeinsamen Aufrufe in dem Wilmersdorfer Volksblatt ohne Wissen der U. S. P. zurückzogen. Das konnte unsere Genossen nicht hindern, ihren Weg zu gehen und der bürgerlichen Reaktion wie ihren Helfershelfern auch im noblen Westen, dem Orte des beschlissenen Vorbes, zu zeigen, daß sie die zu ehren wissen, die jederzeit ihr Bestes für die Unterdrückten und Entrechteten gegeben und ihren Mut und ihre Unerschrockenheit mit dem Tode bezahlt haben.

Der „Vorwärts“ wagt angesichts dieser Tatsache in seiner Morgenausgabe vom 27. Januar demnach, den betreffenden Aufruf als eine „Fälschung“ hinzustellen. Dabei wollen wir noch hervorheben, daß ein Funktionär der Reichsozialisten — Was — sein Parteiblatt telefonisch anrief und um Abdruck des Aufrufes bat. Um zu erklären, was der „Vorwärts“ diesen Funktionär in ein Mitglied der U. S. P. um.

Weiter hätte sich der „Vorwärts“ betrauen, daß wir ihm vorgeworfen haben, es wäre vor Arbeitern der Okkupationsverwaltung am Freitagmorgen der Revolutionstages ab. Er mochte dafür die sozialdemokratischen Bezirksorganisationen von Groß-Berlin und die sozialdemokratischen Vertrauensleute verantwortlich. Indem er aber deren Namen abdruckte, und zwar in feiner Schrift in auffälliger Stelle, hat er sich dessen Inbalt zu eigen gemacht. Sein ganzes Verhalten den Revolutionstagen gegenüber bezeugt außerdem zur Genüge, daß er sie am liebsten lang- und langsam erledigt sehen wollte. Alle Redaktionsstücke können ihn über dem Wilmersdorf, den er dabei erlitten hat, nicht hinwegheben.

Schließlich ist der „Vorwärts“ noch darüber aufgebracht, daß wir bei der Verurteilung über die Begrüßung der „Arbeiter“ haben. Einige Mitglieder der Reichsozialisten hätten entgegen dem Wunsch der Führer der Arbeiter die Toten durch Anwesenheit geehrt. Er läßt das Gedächtnis seiner Helfer für so schwach, daß er annimmt, so müßten heute nicht mehr, was er gestern schrieb. Oder hat der „Vorwärts“ die Beschimpfung der Revolutionstagen in seinen Spalten, in eigener und verheerender Form ausgeführt von sozialistischen Führern wie Scheidemann, Torgler und anderen, für eine Ehre?

Das würde allerdings der Revolutionstagen des jenseitigen „Vorwärts“ ebenso entsprechen.

Parteilangvertreter für Tellow-Beesow.

In der gestrigen Kreisgeneralversammlung wurden folgende Kandidaten zum Parteilang gewählt: Dr. Breitscheid (141 Stimmen), Vogtbecker (106 Stimmen), Bachmann (131 Stimmen), Müller, Richard (117 Stimmen), Böhm, Marie (116 Stimmen), Kämpfer (111 Stimmen), Freygang (106 Stimmen), Reumann-Wieschhof (99 Stimmen).

Forderungen der badischen Eisenbahner.

Manheim, 26. Januar. Eine Eisenbahnerversammlung, von 2500 Beamten aus ganz Baden besucht, verlangte in einer Entschließung von der Regierung eine weitere Steuererhöhung von 500 Mark und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Jan. Im Falle der Ablehnung sollte die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschließung sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Berlin, 27. Januar. Heute fand im Reichskanzlerhaus eine eingehende Besprechung der Reichsregierung mit den Staatssekretären über die Friedenskonferenz statt. Es wurde über die Vorbereitungen berichtet und den Stand der umfangreichen Vorarbeiten für die einzelnen Verhandlungsmaterien. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die gesamten Verhandlungen beim künftigen Amt konzentriert werden müssen und daß die enge Beteiligung der übrigen Ressorts durch eine lässliche Konferenz der Staatssekretäre gewährleistet werden soll. Auch die fortlaufende genaue Information der Bundesstaaten würde in den Kreis der wichtigsten Aufgaben einbezogen. Die Personalfrage wird in den nächsten Tagen im engeren Kreise von der Reichsregierung beraten und entschieden werden.

Die Internationale und der Mordmord.

Stockholm, (Moska), 27. Januar. Am 20. Januar fand im Amsterdamer zum Gedächtnis Karl Liebnechts und Rosa Luxemburgs eine große öffentliche Versammlung statt, welche von Tausenden besucht war. Redner waren Roland Holst, Wanklopp und andere. In der Umgebung der Versammlung waren starke Kavallerie- und Polizeitruppen zusammengezogen. Zwischenfälle fanden nicht statt.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Bern, 27. Januar. Die Berner Internationale Sozialistenkonferenz hielt am Sonntag unter den bisher erschienenen Delegierten eine vorbereitende Sitzung ab, die sich besonders mit der Frage des Stimmenverhältnisses auf der kommenden Konferenz befaßte und die vorbereitenden Schritte zur Klärung der Vorkonferenzfrage aufwarf. Der Zentralvorstand der Schweizerischen Sozialistischen Partei hat für nächsten Sonntagabend und Sonntag einen Parteilang berufen, um über die Teilnahme an der Internationalen Konferenz schlüssig zu werden. Der Zentralvorstand hat mit 27 gegen 17 Stimmen einen Beschluß auf Teilnahme angenommen.

Bern, 27. Januar. Die Humanität mitleid, hat die französische Regierung befohlen, den Delegierten der spanischen Arbeiterpartei Rabra, Ribas und Ribera das Visum der Pässe für die Berner Konferenz zu erteilen. Die Delegierten sitzen an der spanisch-französischen Grenze fest.

Bern, 27. Januar. (Schweizerische Depeschagentur.) Die belgische Arbeiterpartei wird an der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern teilnehmen und an Stelle des in Paris zurückgebliebenen Vanderselbe den Minister der öffentlichen Arbeiten Anseele abberufen.

Paris, 26. Januar. (Meuter.) Henderson kam hier gestern auf Wunsch der britischen Regierung aus Bern an, um sich mit Barnes, Thomas und drei Delegierten des Gewerkschaftskongresses über die internationale Arbeiterkonferenz zu beraten. Die drei Delegierten der Trade-Union, die heute abend, begleitet von den britischen Delegierten, zur Berner Konferenz in Paris eintrafen, sind: Bowermann, Stuart Bunting und Greenall. Henderson erklärte bei einem Interview, er hoffe zur Zeit der Eröffnung der Arbeiterkonferenz am 3. Februar wieder in Bern zu sein, wo sowohl die alliierten wie die feindlichen Delegierten über die Methoden zur Erzielung einer höheren Lebenshaltung in allen Ländern beraten würden, ohne die er den Ausdruck empfindlicher Arbeitermenschen für unvermeidlich halte. Er sagte hinzu, die Konferenz würde Entschlüssen über den Vorkonferenz und andere Fragen annehmen, die in angemessener Weise den Ausschüssen der Friedenskonferenz vorgelegt werden würden. Henderson äußerte sich in warmen Ausdrücken über die Haltung der britischen Regierung gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter.

Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte.

Die S. A. Groß-Berlins trafen am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zu der Neuordnung der Kommandogewalt. Wie es sich nicht haben, daß die Rechte der Soldatenräte durch die Neuordnung sehr eingeschränkt werden. (Starker Widerspruch.) Lange sagte: Die Neuordnung stime den alten Geist. Die Soldatenräte sind eine Einrichtung der Revolution, die die Regierung auch nur, letztere habe sie nicht durch die Neuordnung durch die Soldatenräte abzuwürgen. Im Zentrum müsse diesen das persönliche Ansehen und ein größerer Einfluß in allen Teilkongressen des Reiches und unbedingt eingeräumt werden, damit dort ein Bruch des neuen Geistes einträte. Solange noch vom alten Geist Teile vorhanden seien, dürften sich die Soldatenräte nicht von ihrer Aufgabe abdrängen lassen. (Beifällige Zustimmung.)

Hilfsmittel nahm Koste das Wort. Er wurde häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, und fand vielfach lebhaften Widerspruch. Nur der kleinere Teil der Soldatenräte spendete gelegentlich Beifall. Auf die Rede folgte eine vorläufige Beschlüsse. Er gab an, daß die Neuordnung nach seiner Seite betrachten könne. Aber so sei nur eine vorläufige Regelung. Die Frage des Kommandos sei letzten Endes eine Frage der Schiedsfrage, noch nicht. Eine Parteikommision müsse vorhanden sein, damit vor endlich auf dem anarchistischen Standpunkt herabsteigen. Aber auch die Soldatenräte würden auf hervorragendem Boden stehen, wenn sie lediglich auf dem Vertrauen der Mannschaften beruhen, deshalb müsse ihnen die Autorität der Regierung geben.

Tsch. von der Sozialdemokratie, behauptet, daß Koste nicht auf den Kern der Sache eingegangen ist. Es ist der Kern

Man, daß es sich nicht mehr darum handele, ob die Soldatenräte bestehen bleiben sollen, sondern nur noch darum, ihnen mehr oder minder schnell das Rückrot zu brechen. Wenn nur eine vorläufige Regelung in Frage komme, so sei doch die endgültige Regelung leicht voranzutreiben, sie werden nicht nach links hin erfolgen, wenn die vorläufige schon so weit nach rechts gebe. Es entspreche sehr wenig der viel von der Regierung im Vorbeigefahrenen Demokratie, daß dem vom Rätekongreß als Ausdruck des Mehrheitswillens der Soldaten gefaßten Beschluß keine Rechnung getragen werden. Nach der Verfügung sind die Soldatenräte nicht weiter als die früheren Rätekommissionen. Das ist eine Herabwürdigung. Den Offizieren sollen wir Verständnis entgegenbringen. Aber wenn sich das Material hergehoben hätte, daß diese Herren nur zum Schein sich in das neue System einfügten, daß man doch wohl mißtrauisch sein. Ablehnen muß man dann aber, daß diesen Offizieren in der Verordnung eine größere Gewalt eingeräumt wird als den Soldatenräten. Wie wollen einen neuen Rätekongreß darüber befragen, ob er mit der Ausführung seines Beschlusses durch Zentralrat und Regierung einverstanden ist. (Sprecher Weisf.)

So hat vom Zentralrat spricht der Regierung das Recht an, die ihr vom Rätekongreß übertragene Exekutive und Legislative auszuüben. Dem müßten sich die Soldatenräte beugen. Wenn die Verordnung förmlich wäre, wie es hinsichtlich wird, müßten doch die Offiziere hinhinhalten darüber nachzudenken, das sei aber nicht der Fall. Die Mitwirkung in Disziplinarsachen sei doch für die Soldaten äußerst wichtig. Man muß nicht in Versuchung und Vagen verweilen, was doch gegen den früheren kaiserlichen Zustand ein himmelweiter Fortschritt ist. (Weiß, Weisf.) Der Rätekongreß hat nicht gewillt, daß wir in diesem Abänderungskongreß seinen Beschluß zur Durchführung bringen. Führer muß es immer geben, namentlich, wenn es sich um militärisch-taktische Aufgaben handelt. Wenn jeder auf seinem Kopfe bestehen wollte, würden wir in vier Wochen erledigt sein. Glauben Sie, Kameraden, daß Ihnen die Nationalversammlung mehr geben wird? Frug er emphatisch und erhielt ein verständnisvolles, allgemeines „Nein“ zur Antwort.

Währe bezeichnet die Verordnung als eine Kompromißarbeit. Politik ist eben Aufkandeln. Geben aus einer Zeit des Uebergangs und für den Uebergang ist sie nach allen Seiten hin zerlegt und lidenhaft. Man fährt sie als gegen den Aufbau des Rätekongreßes gerichtet auf. Aber es ist nun mal so, daß der Deutsche ein anderer Mensch ist als der Russe. Ihm wird Organisationsfähigkeit nachgerühmt und so soll auch hier der erste Schritt getan werden, daß Rätekongreß in den bestehenden Zustand einzuordnen. Das bedeutet allerdings in gewissem Sinne eine Einschränkung.

Am weiteren Verlauf der Debatte traten wesentliche Gesichtspunkte nicht mehr hervor. Es wurde eine parlamentarische Kommission eingesetzt, um Abänderungsvorschläge auszubringen. Sie erhielt außerdem den Auftrag, sich mit den anderen Armeekorps in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames und allgemeines Vorgehen zu bewirken.

Am Verlauf der Sitzung war eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats der Seiersburger Kommune erschienen und hatte ein rotes Banner entfaltete, dessen Aufschrift besagte, daß es dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat gewisheit sein soll. Bescheidenerweise riefen einige Soldatenräte dem Präsidium zu, es wüßte den Rappen einzuziehen lassen.

Die Rechte der Schutzhaftgefangenen.

Der Syndikus des Verbandes, Herr Rechtsanwalt Dr. Spuhl, berichtete in einer gutbesuchten Versammlung ehemaliger Schutzhaftgefangener über den Inhalt des noch in Bearbeitung befindlichen Gesetzentwurfes betr. Entschädigung der Schutzhaftgefangenen. Das Gesetz bezieht sich auf alle männlichen und weiblichen Personen, In- und Ausländer, auch auf diejenigen, die auf Grund des Kriegsrechtes in Haft genommen sind und durch mindestens eine Woche währende Haft materiell oder ideell geschädigt sind. Da viele durch die Schutzhaft in eine wirtschaftliche Notlage gekommen sind, muß es Aufgabe des Reiches sein, für eine schnelle Entschädigung der unschuldig in Not Gerathenen durch beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes zu wirken. Zur Festsetzung der Höhe der Entschädigung muß eine Kommission, zusammengesetzt aus allen Ständen unter Mitwirkung des Rates ehemaliger Schutzhaftgefangener, gebildet werden. Zu empfehlen wäre die Anfertigung einer Liste aller während des Krieges in Schutzhaft gewesener Personen. — Herr Generalsekretär Brauer gab dann einen Bericht über die bisher vom Rat des Verbands unternommenen Schritte, um die Interessen der ehemaligen Schutzhaftgefangenen bei der sozialistischen Regierung zu vertreten. Die am 13. Januar beim Rat der Volksbeauftragten eingereichten Forderungen gipfeln in folgenden Punkten:

1. Soortliche Sicherstellung aller Schutzhaftfälle durch die Regierung.
2. Enträumung des Rechtes zur Einschränkung in diesen Fällen durch den unterzeichneten Rat.
3. Die Bestrafung aller Personen, welche widerrechtlich oder mißfällig unter Mißbrauch ihrer Stellung veranlaßt oder zugelassen haben, daß Leute in Schutzhaft genommen oder beholten oder Kautionskassensicherungen unterworfen wurden.
4. Ersatz des materiellen und ideellen Schadens.
5. Ernennung einer Kommission zur Festsetzung der entstandenen Schäden und deren Ergüttung. In dieser Kommission dürfen keine Personen gehören, die während der früheren Regierung direkt oder indirekt auf die Schutzhaft und Kautionskassensicherstellung Einfluß hatten.
6. Dinzugiehung des Rates des unterzeichneten Verbandes zu dieser Kommission.

Diese Eingabe wurde von der Regierung an das Reichsamt des Innern weitergegeben, wo der Rat vom Unterstaatssekretär Dr. Reinald empfangen und besprochen wurde, das Entschädigungsgesetz noch bei der Nationalversammlung zu verabschieden. Auch sollte der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener vor der Verabschiedung des Gesetzes noch mal herbei werden. — Damit nicht zufrieden, legte der Rat am 17. Januar beim Zentralrat folgenden Protest ein: daß im Reichsamt die Innern offizielle Beratungen über das Schutzhaftgesetz stattfinden, ohne daß der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener als sozialisierende und beratende Stimme zu diesen Sitzungen zugezogen wird. Es wird dann noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Unterstaatssekretär Dr. Reinald, wie auch Generalmajor v. Briesberg, letzterer in den Sitzungen des ehemaligen Reichstags den besagten Entwürfen schon als Feinde feindeten wußten, so daß die Gefahr besteht, daß bei einer überhasteten Verabschiedung des Gesetzes ohne Dinzugiehung der daran zunächst Interessierten die unbedingt zur Befreiung heranrückenden Schuldigen freigelassen werden würden. — In der Diskussion forderte der Zentralrat Dr. Reinald, wenn er energischer auftreten wolle, daß die Regierung, die heute noch der Revolution noch über unser Schicksal auf Grund von Geheimnissen entscheiden will, Reizere müssen herangezogen und uns zur Einsicht vorzuleiten werden. — Das Einverständnis vom Rat vorgelagerten Statuentwurfs und Erledigung geschädigter Angelegenheiten wurde die „Verteidigung“, demokratisches Zeitschrift zur Wahrung berechtigter Interessen, als vorläufiges Publikationsorgan des Verbandes bestimmt. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich im Abgeordnetenhaus, Lübecker Straße, Zimmer Nr. 6.

Neuer Streit bei der Straßenbahn?

Seit Montag früh befindet sich das technische Personal der Großen Berliner Straßenbahn im Streit. Die Streikenden versuchen nun, um den Streit schnell und erfolgreich für sich zu beenden, das Führerpersonal zu einem Solidaritätsstreik zu gewinnen. Zu diesem Zweck fand gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Streikenden statt, zu der auch die Vertrauensleute von den einzelnen Bahnhöfen der Straßenbahngesellschaft geladen waren. In ruhiger und sachlicher Weise wurde dort die Ursache des Streiks erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nicht der Fall sei, wie es in bürgerlichen Blättern — so besonders in der „Vossischen Zeitung“ — zu lesen ist, daß die Forderungen der Streikenden unberechtigt seien, und daß insbesondere deren Forderung eine Höhe erreicht haben, die jede weitere Forderung als frivol erscheinen lassen. Es wurde betont, daß während das Führerpersonal jetzt 2700 bis zu 3000 Mark im Monat bezieht, die Arbeiter im technischen Dienst nur einen Höchstlohn von 420 Mark im Monat bei regulärer Arbeitszeit erreichen. Von Vertretern der Verbandsleitung wurde den Streikenden der Vorschlag gemacht, daß ihr ganzes Vorgehen ziel- und planlos sei. Dem wurde entgegengehalten, daß dieser Vorwurf auf die Verbandsleitung zurückzuführen sei, denn diese habe es gerade verschuldet, daß die jetzige Bewegung des technischen Personals getrennt von der Lohnbewegung des Führerpersonals vor sich gehe. Beim Streit des Führerpersonals habe man das technische Personal in dem Glauben gehalten, daß seine Forderungen mitverteilt werden. An dessen Solidarität sei nicht appelliert worden, weil, wie man sagte, das Führerpersonal allein hart genug sei, die Forderungen durchzudrücken. Erst später sei das technische Personal gewagt geworden, daß man seine Forderungen ganz vergessen habe.

Bei den Forderungen handle es sich nun nicht darum, eine bestimmte Entschädigungssumme zu verlangen, sondern das technische Personal sei auch bereit gewesen, etwas nachzugeben. Aber die Direktion stellt sich auf den Standpunkt, überhaupt nichts bewilligen zu wollen. Darin wird sie beharrt durch einen Beschluß des Arbeitgeberverbandes, der dahingehet, den Lohnforderungen der Arbeiter ein Ende zu setzen, da diese eine Schraube ohne Ende zu werden drohen.

Da infolge äußerer Umstände einzelne Bahnhöfe durch Vertrauensleute nicht vertreten waren, wurde beschlossen, Dienstag vormittag um 11 Uhr im Gewerkschaftshaus eine neue Versammlung unter Dinzugiehung sämtlicher Vertrauensmänner und des Arbeiterrats abzuhalten, um die Forderungen noch weiter zu besprechen, damit die Vertrauensleute dem gesamten Führerpersonal Bericht erhalten können. Es wird dann davon abhängen, wie sich das Führerpersonal zu den Forderungen der Streikenden stellt, ob es gewillt ist, durch Eintritt in den Solidaritätsstreik diese Forderungen durchzudrücken zu helfen. In diesem Falle wäre damit zu rechnen, daß der Straßenbahnbetrieb wieder einmal still steht. Das Objekt des Streiks ist verhältnismäßig gering, aber für die Straßenbahngesellschaft handelt es sich jetzt mehr um ein Prinzip.

In die sonst ruhige Versammlung der Streikenden kam Erregung, als mehrere Redner mitteilten, daß Montag früh auf einzelnen Bahnhöfen unter Führung eines Offiziers ein Trupp mit Gasgranaten und Gewehren ausgereiteter Soldaten angetroffen sei, und daß geplant sei, die Wagen unter militärischer Bedeckung ausfahren zu lassen. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Verbandsleitung beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Truppen zurückgezogen werden und, daß man andererseits gewillt sei, auf den Bahnhöfen selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Ein anderer Redner stellte noch mit, daß die Straßenbahngesellschaft neue Forderungen drücken solle, worauf der erhöhte Preis mit dem Kundens motiviert werde: „Infolge hoher Lohnforderungen“. Durch einen Antrag wurde die Verbandsleitung ebenfalls beauftragt, dahin zu wirken, daß dieser Kundens unterbleibt.

Groß-Berlin.

Die Heimschule.

Wir hätten früher in diesem Blatte darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung der Einheitschule eine Vonderung in der Bestimmung zur Voraussetzung habe. Die Forderung der gewesenen Schulleitung lautete: Freie Bahn dem Lächlichen! Die heutige Schulleitung erkennt den durch diese Parole gezogenen Rahmen als zu eng gespannt; sie fordert auch freie Bahn für den Unlächlichen, daß er den Platz erringen kann, der seine Reueigung und Begabung entspricht, den er auch anfüllen kann, auf dem er seine Befriedigung findet. Dieser Klammerte man sich nicht um die Tatsache, daß die Schüler einer Schule eine ganze Reihe von Auffassungsstufen darstellen, deren Entwicklung in verschiedenem Tempo, mit verschiedenem Aktzent vor sich geht. Die zeitliche Ungleichheit der Leistungen verwechelte man mit Unfähigkeit. Man kauf einen Lehrplan, der nivelliert auf die Geister wirkte; aus den Bedürfnissen der Gesellschaft heraus wurden die gleichen Aufgaben an alle gestellt, große Massen gleichmäßig wirkender Subjekte zu schaffen. Jeder, der aus diesem Rahmen heraus fiel, galt als Dummkopf und das Unkraut „Schülerjahre“ beweist, wie falsch solche Bewertung oft war. Sie sind in vielen Fällen nicht minder und schwach, sondern anders begabt. Der Verstand entwickelt sich an praktischen Dingen. Um diesen, heute noch zu Unrecht „Unlächlichen“ genannt, freie Bahn zu schaffen, bedarf es der Dinzugiehung noch größerer Vorurteile, als dazu, die Bahn für den Lächlichen frei zu machen.

Und doch wären die Aussichten für unser niedergeworfenes Landrecht trübe, wenn es die Hoffnung auf keinen Aufstiege und seinen Gesundungsprozeß bloß auf die „Lächlichen“ gründen wollte. Nach der Statistik von 1913/14 verließen von den abgehenden Schülern nur 32 Prozent die oberste Klasse, 34 Prozent die II., 21 Prozent die III., 10 Prozent die IV. und 2,8 Prozent die V. Klasse. Nur ein knapper Teil der gesamten Schülerzahl hat also die ganze Schule durchgemacht und den Abstieg der obersten Klasse erreicht, mehr als 1/3, bleiben ein- und mehrmal zurück. Ein Berliner Pädagoge teilt die Schüler in normale und abnorme Schüler ein und unterscheidet bei den normalen wieder im Fortschritt gebrauchte und angebenannte. Als Grenzgruppe bezeichnet er die Schwachbegabten; wohl sind ihre geistigen Funktionen normal, aber sie vollziehen sich langsamer als bei den übrigen, und sie bleiben aus diesem Grunde zurück. Sie gehören zu den Kindern begabten. Aber sie werden von der heutigen Schule, die nur die Begabten anerkennt, liegen gelassen, nicht da angepöbelt, wo sie etwas leisten könnten. Und doch kommt es nur darauf

an, die ihnen eigenen Fähigkeiten zu entdecken und auszubilden. Ihr meist praktischer Verstand entwickelt sich an praktischen Dingen.

Wenn es gelingt, aus der großen Zahl dieser zurückgebliebenen ebenfalls Fähigkeiten zu gewinnen, so wäre das ein riesiger Fortschritt. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Kinderjahre die wichtigsten Jahre sind, daß die Kinderstube den Menschen macht, die Schule in ihrer heutigen Gestalt auf das Wesen des Menschen wenig Einfluß hat, wird die Forderung erhoben: Heraus aus der Schule! Zurück in die Familie! Das erstrebt die Heimschule. Hier gibt es keine Klassen, hier transkribiert kein Stundenplan die Arbeit — hinter aller Arbeit, körperlicher wie geistiger, stehen die Lebensnotwendigkeiten des Heims, der Heimsfamilie. Es besteht die Absicht, in der Nähe von Bergedorf bei Hamburg einen ersten Versuch mit der Verwirklichung dieses Problems zu machen. Bei einem Verborgensein sind Ländereien, unfruchtbarer, schlechter Boden; ihn auf solche Weise zu höherer Kultur zu bringen, wäre eine dankbare Aufgabe für die Schüler der Heimschule. H. J.

Militaristische Werbung.

Aus Spandau wird uns berichtet: Im Sportplatz in der Potsdamer Straße fand in der letzten Woche eine Versammlung der Deutschen nationalen Partei statt. Sie hatte den Zweck, auf die angebliche „Not im Osten“ aufmerksam zu machen und für die Anwerbung von Freiwilligen zu agitieren. Ein Unteroffizier des satfam bekannten Regiments Reinhardt hielt eine entsprechende Rede.

Sodann ergriff ein Pastor das Wort und legte sich für die Wiederauflebung des Militarismus ins Zeug. Am del dem Berliner Arbeiter und zu finden, stellte er sich als ungebildet und dumm dar. Ein Teil der Versammelten brach darüber in schallendes Gelächter aus und eine Stimme rief: „Ungebildet und doch Pastor.“ Es kam darüber zu einer großen Radausens. Die vornehmsten Anhänger der Deutschen nationalen Volkspartei (Krupp, Schust, Sozialdemokrat und dergleichen mehr).

Schließlich wurde das Lied gesungen: „Ich bin ein Preuße.“ Die Versammelten wurden aufgefordert, das Lied stehend mitzugungeln. Als einige dennoch sitzen blieben, stürzte ein Herr auf einen Genossen zu mit dem Ruf: „Den Schuft hebe ich nieder.“ Dies wurde von den Ausruhmästen als eine allgemeine Luftreinigung empfunden. Die Genossen hingegen fühlten sich in der freien Luft wohlher als in dieser ergebnislosen Versammlung vor Herren, die sich immer noch als die Träger der Nation aufspielen, durch ihr politisches Gebahren aber bezeugen, daß Dummheit und Klugheit ihre einzigen Stützen sind.

Diktatur der Fäuste.

Die Abrechnung der Soz. Stud. Partei, welche sich von dem großen Träger der sozialistischen Idee eine leiche Ehreung zu erwischen, am Sonnabend in der Universitätsstraße, wurde von nationalsozialistischen Kommissionen unter vielen antisozialistischen Zusätzen durch Diktatur der Fäuste hinausgeschoben.

Man begreift es, daß die nationalsozialistischen Studenten die Diktatur der Fäuste der Diktatur des Geistes vorgezogen. Wenn man den Waffen des Geistes war es ihnen bislang nicht möglich, Erfolge zu erzielen.

Lichtbildervorträge für Erwerbslose und Arbeiter.

Dienstag, den 28. Januar: Im Nationalsozialist. Institut (im Garten der tierärztlichen Hochschule) Luisenstraße 10 Prof. Dr. v. Waldemar Barth über „Der Gehirnanatom“. Im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15, Prof. Fischer über: Deutsche Geschichte in der Malerei. Im Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34-36, Prof. Dr. Graebner über: Unsere heimische Pflanzenwelt. (3. Vortrag: Heide, Moor und Sumpf. Ihre Leben und ihre Nutzen.)

Mittwoch, den 29. Januar: Im Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34-36, Prof. Walsch über: „Aus den Jugendzeit der Eisenbahn. Im Königsstädtischen Realgymnasium Elisabethstraße 57/58 beginnt Prof. Dr. W. Wend seine Vortragsreihe über: „Unser Wissen von der Erde“. (1. Vortrag: „Von Berlin zum Vesuv“. Einführung an Hand einer Reisebeschreibung.) Im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15, Prof. Dr. v. Lufkan über: „Lehren der Sozialen Biologie für den Wiederaufbau des Volkes“. (2. Vortrag: „Erblichkeitsregeln.“)

Donnerstag, den 30. Januar: Im Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34-36, Dr. Speithmann, über: Dänemarks Küsten und Städte.

Freitag, den 31. Januar: Im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15, Prof. Dr. v. Lufkan über: „Lehren der Sozialen Biologie über den Wiederaufbau des Volkes.“ (3. Vortrag: „Die 3 großen Volksfeinde, Alkoholismus, Tuberkulose, Sphilitis.“) Im Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34/36 Prof. Dr. Graebner über: „Unsere heimische Pflanzenwelt.“ (4. Vortrag: „Das Leben der Wasserinsekten.“) Beginn regelmäßig 8 Uhr, Eintritt 15 Pf., für jedermann.

Die sechs unbekannt Namen der Spartakus-Männer, deren Namen bisher noch nicht festgestellt werden konnten, sind drei Männer in Zivil und drei in Soldatenuniform. Von den drei Zivilisten ist der eine etwa 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat schwarze Haare und aufgeworfene Lippen und trug einen dunkelbraunen Anzugsanzug, braune Wollschleimale und schwarze Schuhschuhe, der zweite ist etwa 25 Jahre alt, 1,64 Meter groß, hat einen Anflug von Schnurrbart, hellbraune Augen, aufgeworfene Lippen und trug ein graues Jackett, braune Handschuhe und blaue Schuhe, der dritte ist etwa 20 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar, kleinen Schnurrbart, graue Augen und trug ein graufarbiges Jackett, ein englisches, schwarzes Lederjackett und grauschwarze Hosen. Von den drei Soldaten ist der eine 24 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat blondes Haar und hellblaublau Haare, der zweite etwa 23 Jahre, 1,68 Meter groß, dunkelblondes Haar, Anflug von Schnurrbart, lidenhafte Zähne, der dritte etwa 25 Jahre, dunkelbraunes Haar, dunkelbraune Augen und Anflug von Schnurrbart.

Lebensmittelfalter.

Berlin. In den Bezirken der Volkskommissionen Nr. 120 bis 246 beginnt heute der Verkauf von 4 Pfund Mehlkörnern auf Welches Bezugskarte, Abchnitt T.

Aus den Organisationen.

Dritte Kreis. Heute, abend 7 Uhr, in der Eichenallee, Amalienstraße 118: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag, Wahl der Delegierten, Mitgliedsbuch legitimiert.

Derschnitweide. Dienstag, den 28. Januar, 7 1/2 Uhr, 11. Lieberbesammlung in der Aula des Real-Gymnasium, Stellungnahme zum Parteitag.

Pankow. Heute, Dienstag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, General-Versammlung des Wahlvereins in der Schulstraße, Wohnung 181. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag, Ortungsgegenstände, Beschließung Mitgliedsbuch usw.

